



Presseschau vom 11.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Ungewöhnlich": Biden-Regierung verweigert US-Journalisten Zugang zu US-Truppen in Europa

Die Biden-Regierung hat "bewährten" Militärberichterstattem der US-Presse den Zugang zu den im Zuge der Ukraine-Krise jüngst nach Europa entsandten 3.000 US-Soldaten verboten. Der für das US-Verteidigungsministerium zuständige Presseverband kritisierte diese Entscheidung nun scharf und erinnerte den US-Präsidenten in einem Schreiben an sein Versprechen jeglicher Informationstransparenz seiner Administration. ...

<https://kurz.rt.com/2tbu>

de.rt.com: Ist Gerhard Schröder jetzt fällig? Eine Art Kampagne gegen den Altkanzler

Die Auseinandersetzung in der SPD um Gerhard Schröder hat ihre Entsprechung in Politik und Medien. Seit einigen Tagen verschärft sich deren Tonlage. Die Vorwürfe an die Adresse des Altkanzlers sind dabei alles andere als neu. Doch die Angriffe kommen zu einem kritischen Zeitpunkt. ...

<https://kurz.rt.com/2tc5>

Susan Bonath: Daten belegen: Deutsche Kliniken rechneten tausende Fälle als schwerwiegende Corona-Impfschäden ab

Laut öffentlich zugänglichen Abrechnungsdaten behandelten Krankenhäuser im letzten Jahr

rund 25.400 Fälle von Impfschäden – das ist ein Anstieg um das 18-Fache gegenüber dem Vorjahr. Anders als bei der Erkrankung COVID-19, waren davon vor allem junge Menschen betroffen. ...

<https://kurz.rt.com/2tc8>

Andrej Koz: Alles vorausgesehen: Wovor Putin vor 15 Jahren warnte

15 Jahre nach der Münchner Sicherheitskonferenz, auf der Russlands Präsident Wladimir Putin auf die aggressiven Absichten des Westens und die Versuche, die Weltgemeinschaft zu unterwerfen, hingewiesen hatte, rückt die Nato weiterhin gen Osten vor. ...

<https://snanews.de/20220211/wovor-putin-vor-15-jahren-warnte-5312345.html>

de.rt.com: Führender russischer Sportfunktionär: Timing bei Walijewas Dopingergebnis wirft Fragen auf

Eine 15-jährige Russin spielt bei einem Mannschaftssieg bei den Olympischen Spielen eine entscheidende Rolle. Sie verweist das US-Team auf den zweiten Platz. Kurz darauf stellt ein WADA-Labor in einer Probe vom Dezember Doping fest. Der Fall kommt vor den Sportgerichtshof. ...

<https://kurz.rt.com/2td0>

Liudmila Kotylarova: Darf Russland Einflusszonen haben? Michael Roth (SPD) geht auf Minsker Abkommen und SNA-Fragen ein

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth (SPD), ist überzeugt: Das Denken in Einflussphären ist vorbei, und Russland sollte darauf verzichten. Auch bei den Minsker Vereinbarungen stellt er sich auf die Seite der Ukraine und baut Druck auf Russland auf. ...

<https://snanews.de/20220211/michael-roth-spd-ukraine-5319028.html>

Nikolaj Jolkin: Russland gegen die Nato: Ist die militärische Option vom Tisch? – Expertendiskussion

Gibt es einen Weg aus der Krise um die Ukraine? – Diese Frage erörterten Experten während der jüngsten Veranstaltung des Deutsch-Russischen Forums „Russland im Gespräch“. Der Grundtenor war, dass es keine vernünftige Alternative zur Diplomatie ist, denn solange gesprochen wird, wird man keine weitere Eskalation erleben. ...

<https://snanews.de/20220211/russland-gegen-die-nato-expertendiskussion-5320151.html>

Dagmar Henn: ZDF-Kindernachrichten zur Ukraine: NATO-Propaganda mit Dreingabe

Nachrichten für Kinder sind sicher keine einfache Aufgabe. Aber das, was das ZDF in seiner Sendung Logo bietet, hat mit Nachrichten wenig zu tun. Die Sendungen folgen streng der NATO-Erzählung und überbieten sie sogar. ...

<https://kurz.rt.com/2tcz>

abends/nachts:

de.rt.com: US-Marine trifft Vorbereitungen für Evakuierung von Streitkräften aus Osteuropa

Die US-Marine hat ihre militärischen und zivilen Kräfte in elf europäischen Ländern dazu aufgerufen, ihre Kontaktdaten im Family Accountability and Assessment System (NFAAS) zu aktualisieren. Das System ermöglicht den US-Behörden im Falle einer Katastrophe, Soldaten und Angestellte sowie deren Familien zügig evakuieren zu können.

Im Januar sorgte eine Meldung über die Evakuierung von Angehörigen des US-Personals in Kiew für Irritationen in der europäischen Bevölkerung. Kurz darauf boten auch Deutschland

und andere NATO-Bündnisstaaten ihrem in der Ukraine stationierten Personal kostenfreie Evakuierungsoptionen auf freiwilliger Basis an.

Die Maßnahmen erfolgten im Zuge mehrerer Warnungen des westlichen Militärbündnisses, denen zufolge der Ukraine zeitnah eine russische Invasion bevorstehe. Auf Fragen nach dem Ursprung dieser Erkenntnis wurde seitens westlicher Regierungen auf Hinweise nicht näher definierter Geheimdienstkreise verwiesen.

Nun wurde eine interne Verwaltungsmitteilung der US-Marine öffentlich, in welcher die in elf europäischen Ländern stationierten US-Marinesoldaten, zivile Angestellte und deren Familien dazu aufgefordert werden, ihre Kontaktdaten im Navy Family Accountability and Assessment System (NFAAS) zu aktualisieren. Das System ermöglicht der verantwortlichen Führung der US-Marine im Falle einer Katastrophe festzustellen, wo sich dort registrierte Personen aufhalten, um diese gegeben Falls evakuieren zu können.

Jedoch wurde in der am 4. Februar veröffentlichten Mitteilung betont, dass es sich bei dem Vorgang um eine reine Überprüfung der Kontaktdaten handle und die forcierte Aktualisierung kein Hinweis auf ein bevorstehendes Ereignis in Osteuropa sei:

"NFAAS liefert allen Ebenen der Befehlskette der Marine wertvolle Informationen, die es den Befehlshabern ermöglichen, strategische Entscheidungen zu treffen, um die Gesundheit und Sicherheit unseres Personals zu gewährleisten. Dies ist kein Hinweis oder eine Vorhersage zu zukünftigen Ereignissen, sondern eine umsichtige Maßnahme, um sicherzustellen, dass die Systeme korrekte Geo- und Rückrufdaten unseres Personals in ganz Osteuropa melden."

Die Aufforderung richtet sich an alle US-Militärangehörigen der US Navy, die auf US-Stützpunkten in unmittelbarer Nähe zur Ukraine stationiert sind. So erfolgte die Meldung an US-Liegenschaften in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, der Ukraine und Weißrussland. Es ist davon auszugehen, dass die Meldeaufforderung auch an die anderen in der Region stationierten US-Teilstreitkräfte, Marines, die Luftwaffe und die Armee ging.

In der Verwaltungsmitteilung wird das US-Europakommando der Marine, U.S. Naval Forces Europe, aufgefordert, sich darauf vorzubereiten, "die Rechenschaftsberichte auf das National Tracking System (NTS) umzustellen, falls das U.S. European Command (EUCOM)", das US-Europakommando aller Teilstreitkräfte, "das System für die Rechenschaftspflicht des Personals im Einsatzgebiet aktiviert". Das Tracking-System (NTS) wird zur Einrichtung einer Datenbank für Evakuierungsoperationen von Nichtkombattanten verwendet. Dies deutet darauf hin, dass der Schritt der US-Marine ein Versuch ist, notwendige Vorkehrungen für einen zeitnahen potenziellen Evakuierungsbefehl zu treffen.

Die umsichtigen Evakuierungsvorbereitungen gehen vermutlich auf die im Zuge der chaotischen Evakuierung von US-Personal aus Afghanistan gesammelten Erkenntnisse zurück, um bei einer möglichen Eskalation der Ukraine-Krise vorbereitet zu sein. Ein erst kürzlich veröffentlichter Untersuchungsbericht der US-Armee beschäftigt sich mit der vielfach kritisierten Evakuierung von US-Bürgern aus Afghanistan im Jahr 2021, bei welcher Hunderte von Amerikanern und Zehntausende von Afghanen zurückgelassen werden mussten. Diesem Fall wollen die USA offenkundig durch bessere Vorbereitungen in Osteuropa zuvorkommen.

Die US-Beamten sind scheinbar davon überzeugt, dass die Zeit für diplomatische Bemühungen zur Verhinderung einer russischen Invasion in der Ukraine knapp wird. Am Wochenende erklärten Beamte des Weißen Hauses im Rahmen einer Pressekonferenz, das russische Militär verfüge über etwa 70 Prozent der Kräfte, die es für eine Invasion in die Ukraine benötigen würde. Präsident Joe Biden sagte am Montag, für amerikanische Zivilisten in der Ukraine sei es ratsam, das Land zu verlassen:

"Ich würde es hassen, wenn sie in ein Kreuzfeuer geraten, falls sie tatsächlich einmarschieren sollten."

Seit einigen Wochen melden die NATO-Partner, Russland sei dabei, eine Invasion der Ukraine

vorzubereiten – Anschuldigungen, die der Kreml dementiert. Seit Anfang des Jahres ist der Ukraine-Konflikt zunehmend eskaliert. Im Rahmen dessen aktivierte die NATO ihre schnelle Einsatzgruppe, auch Speerspitze genannt, und versetzte Tausende Soldaten der NATO-Bündnispartner in Alarmbereitschaft.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/62051c3db480cc77685294db.jpg>

snanews.de: **Polnischer Soldat spricht von Mitschuld an Ermordung von rund 700 Migranten**

Der im Dezember aus Protest gegen die Politik seines Landes in der Migrantenkrise nach Belarus übergelaufene polnische Soldat Emil Czecko hat auf einer Pressekonferenz am Donnerstag zugegeben, an der Erschießung von 200 bis 700 Flüchtlingen beteiligt gewesen zu sein.

„Innerhalb von zehn Tagen, in denen ich an den Erschießungen teilgenommen habe, könnten 200 bis 700 Menschen getötet worden sein“, sagte Czecko. Ihm zufolge wurde die erste Erschießung mit seiner Beteiligung am 9. Juni letzten Jahres begangen.

„Mein Kollege und ich wurden angewiesen, zwei Gruppen von Menschen zu töten. Nachdem wir die erste Gruppe von Migranten erschossen hatten, stieg eine zweite Gruppe von Migranten aus dem Lastwagen“, so der Soldat weiter.

Die Leichen seien in speziell vorbereitete Gruben geworfen worden, hieß es. „Ich habe einmal versucht, mit meinen Kollegen in der Einheit zu sprechen. Während unseres Gesprächs behauptete ein Kollege, dass eine solche Grube bis zu 72 Personen enthalten könne“, fügte Czecko hinzu.

Vom 9. bis 18. Juni 2021 habe er auf Anordnung der polnischen Grenzschutzbeamten täglich an der Erschießung von Migrantengruppen mit jeweils etwa 20 Personen an der polnisch-belarussischen Grenze teilgenommen, hieß es weiter.

Der 25-jährige Czecko hat inzwischen politisches Asyl in Belarus beantragt.

Der Internationale Strafgerichtshofs (ICC) zu Kriegsverbrechen in Den Haag hat am Donnerstag gegenüber SNA bestätigt, einen Antrag zum „Völkermord an Migranten“ in Polen erhalten zu haben und diesen prüfen zu wollen.

„Wir können den Erhalt des Antrags bestätigen, da der Antragsteller selbst diese Tatsache öffentlich gemacht hat. Wie bei allen derartigen Bewerbungen werden wir die eingereichten Materialien in Übereinstimmung mit dem Römischen Statut und mit voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit analysieren“, teilte der Pressedienst des ICC mit.

Ein belarussisches Menschenrechtszentrum, welches die Interessen von Emil Czecko in Belarus vertritt, hatte zuvor angegeben, dass das ICC einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zum Völkermord an Migranten in Polen angenommen habe.

Minsk spricht von Gewalt auf polnischer Seite

Der belarussische Grenzschutz mahnte mehrfach, dass es an der Grenze zwischen Polen und Belarus von polnischer Seite wiederholt zu Gewalt gegen Flüchtlinge komme, die sich dort vor Monaten versammelt hatten. Neben dem Einsatz von Schockgranaten machten die polnischen Einsatzkräfte auch übermäßigen Gebrauch von Reizgas. Weil dadurch Flüchtlinge auf belarussischer Seite zum Teil schwer verletzt wurden, ermitteln belarussische Strafverfolger, um das Vorgehen der polnischen Einsatzkräfte aufzuklären.

Während die Behörden in Belarus das Schweigen der EU zu der übermäßigen Gewalt der polnischen Einsatzkräfte kritisieren, beschuldigt die Europäische Union die Regierung in Minsk, die Flüchtlingskrise absichtlich ausgelöst zu haben.

Präsident Lukaschenko hat die Verantwortung für die Krise zwar von sich gewiesen, erklärte aber, die Flüchtlinge auf ihrem Weg in die Europäische Union nicht aufhalten zu können.

Aufgrund der EU-Sanktionen fehlten seinem Land die dafür nötigen Kräfte und Mittel.

Dennoch haben belarussische Behörden am Grenzübergang Brusgi / Kuznica ein Logistikzentrum in eine Flüchtlingsunterkunft umgewidmet, während auf polnischer Seite vermehrt sogenannte Push-Backs unternommen werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0a/5315066_0:13:3159:1790_1920x0_80_0_0_1b19585422e26cadb8a4d67e093e85e6.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Washington ruft US-Amerikaner auf, die Ukraine sofort zu verlassen

Das US-Außenministerium hat seine Landsleute aufgefordert, die Ukraine schnell zu verlassen. Eine Evakuierungsaktion der US-Armee werde es im Kriegsfall nicht geben.

Am Donnerstag hat die US-Regierung ihren Bürgern in der Ukraine geraten, das Land sofort und mit allen verfügbaren Mitteln zu verlassen. In der vorherigen Reisewarnung durch US-Behörden vom Januar wurden US-Amerikaner ebenfalls wegen der "zunehmenden Bedrohung durch russische Militäraktionen und COVID-19" aufgefordert, nicht in die Ukraine zu reisen. Allerdings ging man damals nicht so weit, die Menschen aufzufordern, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. In seiner neuen Reisewarnung verkündete das US-Außenministerium:

"Reisen Sie nicht in die Ukraine aufgrund der zunehmenden Bedrohung durch russische Militäraktionen und COVID-19. Diejenigen, die sich in der Ukraine aufhalten, sollten das Land jetzt auf kommerziellem oder privatem Wege verlassen."

Diejenigen US-Amerikaner, die sich für einen Aufenthalt in der Ukraine entscheiden, sollten wegen der "Kriminalität, der zivilen Unruhen und möglicher Kampfhandlungen wachsam bleiben, falls Russland militärische Maßnahmen ergreift", heißt es in der Warnung weiter. Falls ein militärischer Konflikt ausbreche, sei die US-Regierung nicht in der Lage, US-Bürger zu evakuieren.

Im vergangenen Monat hatten die USA erstmals eine rote Reisewarnung für die Ukraine herausgegeben. Damals empfahl Washington jedoch nur einigen diplomatischen Mitarbeitern und ihren Familien, das Land zu verlassen. Das ukrainische Außenministerium bezeichnete die De-facto-Evakuierung als "verfrüht".

Moskau bestreitet wiederholt, in die Ukraine einmarschieren zu wollen.

Die ukrainische Regierung hat den USA vorgeworfen, Panik zu schüren. Dmitri Kuleba, der Außenminister des Landes, wies Berichte über eine angeblich "bevorstehende" Invasion im vergangenen Monat zurück und stellte fest, dass die Zahl der russischen Truppen in Grenznähe "für eine Großoffensive nicht ausreicht".

Am Mittwoch berichtete das Wall Street Journal, der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sei besorgt, dass die wiederholten Warnungen der USA vor einer Invasion denjenigen in die Hände spielen könnten, die versuchen, die Lage in der Ukraine zu destabilisieren und ihrer Wirtschaft zu schaden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62061851b480cc70ae534b0e.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. Februar 3:00 Uhr bis 11. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaften **Golmowskij, Losowoje, Wesjoloje**.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 37.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Moskaus Unterhändler beklagt fehlenden Durchbruch bei Ukraine-Treffen in Berlin

Nach über neun Stunden Verhandlungen über die Donbass-Frage zwischen Vertretern Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine in Berlin ist kein Durchbruch erzielt worden. Moskaus Unterhändler, Dmitri Kosak, beklagte in der Nacht zum Freitag fehlende

schriftliche Ergebnisse.

„Leider endeten die fast neunstündigen Verhandlungen ohne sichtbare, greifbare und in Dokumenten festgehaltene Ergebnisse. Wir haben versucht, uns auf die Schlusserklärung unserer Gespräche zu einigen, basierend auf dem vorigen Treffen in Paris am 26. Januar... Aber heute ist es uns nicht gelungen, diese Differenzen zu überwinden“, sagte er.

Laut Kosak hatte sich die Ukraine geweigert, im Enddokument den Teil der Minsker Vereinbarungen zu zitieren, der die Teilnahme von Vertretern der Donbass-Regionen Donezk und Lugansk bei Verhandlungen über die Zukunft des Donbass anordnet.

„Dies ist eine zentrale Meinungsverschiedenheit, ein Punkt, auf den sich die Ukraine nicht einigen wollte, also haben wir bis zum Schluss versucht, verschiedene Kompromissformulierungen zu finden“, so Moskaus Vertreter weiter.

Kiew gebe demnach weiterhin keine Antwort auf die vom Donbass ausgehenden Vorschläge über seine Zukunft.

Die diplomatischen Bemühungen von Paris und Berlin hätten die Position Kiews nicht beeinflusst – sie zeigten aber Verständnis für die Position Russlands, so Kosak. „Aber das stößt vorerst auf totalen Widerstand der Ukraine.“

Zugleich beklagte Kosak, dass er seitens Berlins und Paris‘ keine Bereitschaft gesehen habe, Druck auf Kiew auszuüben.

Meinungsverschiedenheiten im Normandie-Format seien für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen verheerend. „Ohne eine einheitliche Position im Normandie-Format wird es im Minsker Verhandlungsprozess keine Einigung geben. So gibt es seit acht Jahren keine.“

Zuvor hatte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärt, dass Kiew die Minsker Abkommen zur Beilegung des Konflikts im Donbass zwar erfülle – aber nicht zu den von Russland gestellten Bedingungen.

Westliche Politiker, darunter auch US-Präsident Joe Biden, haben sich wiederholt für die Minsker Abkommen ausgesprochen. Wie Biden nach seinen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten im Juni 2021 in Genf erklärte, habe er sich mit Putin darauf geeinigt, die Minsker Abkommen zu unterstützen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0b/5316050_0:74:1280:794_1920x0_80_0_0_1ea2c0ece799b841b99585699844b7f4.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. Februar um 9:00 Uhr 25.281 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

2683 Personen sind derzeit erkrankt, 19.388 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3210 Todesfälle.

snnews.de: **Olympia-Eiskunstläuferin Walijewa positiv auf verbotene Substanz getestet**

Die Dopingprobe der russischen Eiskunstläuferin Kamila Walijewa, die am 25. Dezember 2021 entnommen wurde, ist positiv auf Trimetazidin getestet worden. Das teilte die Internationale Testagentur (ITA) am Freitag mit.

Walijewa nahm an den Olympischen Spielen in Peking als Mitglied der russischen Mannschaft teil, die Gold gewann. Die Medaillenvergabe wurde aber zunächst von Montag auf Dienstag und dann auf unbestimmte Zeit verschoben. Grund dafür war angeblich die positive Dopingprobe der russischen Eiskunstläuferin. Walijewa wurde vorläufig die Teilnahme an allen Sportarten untersagt, auch an den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking.

Die Athletin focht die vorläufige Suspendierung an, woraufhin die Russische Antidopingagentur am 9. Februar das Verbot aufhob. Damit sei die weitere Teilnahme der Sportlerin an den Olympischen Spielen erlaubt, so die ITA.

Nun wird der Fall weiter vom Schiedsgericht für Sport (CAS) geprüft. Die Entscheidung soll laut der ITA vor dem 15. Februar getroffen werden, da an diesem Tag der Frauenwettbewerb im Einzel startet.

Die 15-jährige Eiskunstläuferin hatte den Test vor den Spielen in Peking gemacht. Walijewa verbringt ihre erste Saison im Eiskunstlauf der Erwachsenen und hat keinen einzigen Wettbewerb verloren. Die Teenie-Sensation muss nächste Woche an Einzelwettbewerben im Einzellauf teilnehmen. Das Kurzprogramm findet am 15. Februar statt, die Kür am 17. Februar.

Die russische Mannschaft hatte am Montag das Team-Event im Eiskunstlauf mit 74 Punkten gewonnen. Sie lag 9 Punkte vor den USA und 11 Punkte vor Japan.

Trimetazidin ist ein antiischämischer Wirkstoff aus der Gruppe der Herzmittel, der für die Behandlung einer stabilen Angina pectoris (Stenokardie) eingesetzt wird. Es hemmt die Beta-Oxidation und verstärkt dadurch die Glucoseoxidation. Dies hat zur Folge, dass in den ischämischen Zellen weniger Sauerstoff verbraucht wird. Trimetazidin kann als Dopingmittel missbraucht werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0b/5316810_0:0:3088:1737_1920x0_80_0_0_2a48e9170d289d056f78b859860c01f6.jpg

Mzdnr.ru: Am 10. Februar wurden in der DVR 4325 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1469 positiv, bei 71 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 133 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 19 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 85 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1058 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 435 mit Sauerstoffunterstützung (+25 in den letzten 24 Stunden).

Am 11. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 138.789 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
17.897 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 111.297 als gesund entlassen, es gibt 9595 Todesfälle.

snanews.de: **Bericht: EU will Russland in graue Liste der Steueroasen aufnehmen**

Die EU wird Russland voraussichtlich auf die sogenannte graue Liste der Steueroasen setzen, berichtet die englischsprachige Onlinezeitung „EU Observer“.

Die in der grauen Liste (Dokument über den Stand der Zusammenarbeit) aufgeführten Länder haben laut Europäischem Rat „noch nicht alle internationalen Steuerstandards erfüllt, aber Reformen zugesagt“, die Umsetzung dieser Verpflichtungen wird durch die EU überwacht. Laut einem der Zeitung vorliegendem Entwurf der Liste soll diese bald von 15 auf 25 Gerichtsbarkeiten anwachsen. Neben Russland sollen beispielsweise die Bermudas, die Britischen Jungferninseln und Israel in die Liste aufgenommen werden. Am 24. Februar soll der Entwurf von EU-Ministern verabschiedet werden.

Die Sprecherin des internationalen Verbundes verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen „Oxfam“, Chiara Putaturo, äußerte gegenüber der Onlinezeitung, dass die Erweiterung der Liste mit einer Überarbeitung der EU-Kriterien zusammenhänge. Es gebe noch andere Steueroasen, die in die Liste aufgenommen werden sollten, jedoch seien die EU-Kriterien „weiterhin schwach“.

Die graue Liste wird zusammen mit einer sogenannten schwarzen Liste (EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete) veröffentlicht, in der Nicht-EU-Länder aufgeführt werden, die missbräuchliche Steuerpraktiken fördern. Gegen sie werden EU-Sanktionen verhängt. Die Liste soll die Bemühungen zur Vermeidung von Steuerhinterziehung fördern und wird in diesem Monat voraussichtlich unverändert bleiben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/0b/1228148_40:0:1000:540_1920x0_80_0_0_9cc817adb386e0162bac1ff5080767e.jpg

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11.02.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Golmowskij** mit Antipanzer-, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Losowoje** und **Wesjoloje** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen. Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in zwei Ortschaften** auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Artillerieaufklärungsradar AN/TPQ für in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:
zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:
zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in Lebedinskoje.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 25. und 95. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Grupep des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Krasnogorowka und Rosowka zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission 31 vom 10.02.2022 bestätigt.

snanews.de: **Nord Stream 2: Zertifizierungsverfahren in Deutschland bewusst verzögert – Botschafter**

Die Zertifizierung des Betreibers von Nord Stream 2 in Deutschland wird nach Meinung des russischen Botschafters in Berlin, Sergej Netschajew, künstlich verzögert, wobei das Pipeline-Projekt politisiert wird.

„Wir sehen keine objektiven Gründe und erst recht keine angeblichen politischen Ursachen für die künstliche Verzögerung der Zertifizierungsfrist“, sagte Netschajew.

Seinen Worten zufolge wurde die Gasleitung „entsprechend den Normen der EU-Gesetze gebaut“, aber „die anfänglich abgestimmten Richtlinien wurden von der EU-Seite mehrmals verändert, wobei unter anderem Änderungen an der Gasdirektive vorgenommen und politische Momente künstlich in das Projekt aufgenommen wurden“.

„Wir rechnen damit, dass die Zertifizierung von Nord Stream 2 in Deutschland in nächster Zeit wieder aufgenommen und einen professionellen und keinen politisierten Charakter haben wird“, sagte Netschajew.

„Das Betreiberunternehmen der Gaspipeline, die Nord Stream 2 AG, hat eine Tochtergesellschaft in der deutschen Jurisdiktion – Gas for Europe GmbH – gegründet und legt der deutschen Bundesnetzagentur erforderliche Dokumente vor“, sagte der Botschafter. Die Bauarbeiten für die Ostseepipeline Nord Stream 2 dauerten drei Jahre und wurden am 10. September 2021 abgeschlossen. Die beiden Stränge der Pipeline sind jetzt mit technischem Gas gefüllt, und Nord Stream 2 ist bereit zur Inbetriebnahme.

NS2-Betreiber gründet Tochtergesellschaft

Aber Deutschland hat die Zertifizierung der Nord Stream 2 AG als Betreiber ausgesetzt und verlangt, dass das Unternehmen eine Neuaufstellung entsprechend der Gesetzgebung des Landes vornehmen solle. Das Unternehmen gründete eine Tochtergesellschaft, die ihrerseits einen neuen Zertifizierungsantrag stellen musste. Mitte Dezember 2021 sagte der Chef der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, er rechne frühestens im zweiten Halbjahr 2022 mit der Entscheidung zu Nord Stream 2.

Ende Januar wurde bekannt, dass der Energiekonzern Gazprom die Forderung des deutschen Regulators erfüllt hat. Die Tochtergesellschaft Gas for Europe GmbH mit Sitz in Schwerin soll zur Eigentümerin und Betreiberin des 54 Kilometer langen Abschnitts der Gaspipeline in Deutschland werden.

Wie vom Pressedienst der Bundesnetzagentur gegenüber SNA mitgeteilt wurde, wird das Zertifizierungsverfahren erst wieder aufgenommen, wenn die Hauptaktiva der deutschen Tochtergesellschaft übergeben und ihre Unterlagen geprüft worden sind.

Russland hat wiederholt darauf verwiesen, dass das Nord Stream 2 ein für Europa vorteilhaftes Wirtschaftsprojekt sei und nicht in Verbindung mit der Politik gebracht werden sollte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/14/4037604_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_ae596cdeec98d5ca41d8b3f623e6ef22.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Wir verfügen über Informationen, dass die bewaffneten Formationen der Ukraine Maßnahmen durchführen, die wir als **Vorbereitung zu Angriffshandlungen** betrachten.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hat unter der Legende der Durchführung von Übungen mit der Verlegung von Einheiten der 92. mechanisierten Brigade aus der Oblast Charkow in die OOS-Zone begonnen. Die Ankunft von operativen Gruppen der Brigade im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade in Richtung Debalzewo ist festzustellen.

Zum Schutz des Kommandopunkts des Stabs der OOS „Sarmat“ wurde eine **Abwehrraketenabteilung „S-300“ der 160. Abwehrraketenbrigade an den Flughafen von Kramatorsk verlegt** und dort stationiert.

In Richtung Donezk hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ein **Training mit neu gebildeten Panzergruppen** der 53. und 54. mechanisierten Brigade durchgeführt, besondere Aufmerksamkeit wurde der Organisation der Zusammenarbeit von angreifenden Einheiten sowie der Gewährleistung einer ständigen Artillerieunterstützung gewidmet.

Zuvor hatte der Stab der OOS die Raketenartillerieabteilung umverteilt und entschieden, sie pro Batterie einzusetzen. Eine **Verlegung der Mehrfachraketenwerfersysteme sowie von Transport- und Ladefahrzeugen** wurde in den Gebieten von Konstantinowka, Shelannoje, Iljinka, Clebodarrowka und Topolinoje in den Verantwortungsbereichen der 95. Luftsturmbrigade, der 53. und 54. mechanisierten Brigade und der 36.

Marineinfanteriebrigade **in einem Abstand von weniger als 30km von der Kontaktlinie** festgestellt. Wir zweifeln nicht daran, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte beim Beginn von Kampfhandlungen massive Feuerschläge nicht nur auf Frontpositionen der Volksmiliz verüben wird, sondern auch versuchen wird, kritisch wichtige zivile Objekte auf dem Territorium der Republik zu vernichten.

Nachdem die Kiewer Führung des Einsatzes ausländischer Söldner bei der Strafoperation im Donbass überführt wurde, versuchte die ukrainische Seite sich zu rechtfertigen, indem sie diese als Instruktoren bezeichnete, die angeblich für Übungen in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte verwendet werden. Tatsächlich bestätigt unsere Aufklärung die **Anwesenheit englischer und polnischer Söldner** in den Gebieten von Schirokino und Popasnaja. Ihre Anwesenheit im Donbass wird auch von Informationen aus offenen Quellen bestätigt.

Wir bemerken eine **Verstärkung der Aufklärungsaktivität der ukrainischen**

Spezialdienste, um Informationen über Stationierungsorte von Stäben, Leitungspunkten und weiteren wichtigen Objekten der militärisch-zivilen Infrastruktur der Republik zu erhalten. Mitarbeiter des SBU nutzen in der dem Kiewer Regime eigenen Weise Drohungen und Erpressungen und üben damit direkten Druck auf Verwandte unserer Soldaten, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium leben, aus.

Wir rufen die Vertreter des UN-Rats für Menschenrechte, die internationalen Beobachter und Rechtsschutzorganisationen auf, diese Sachverhalte zu registrieren und von der ukrainischen Seite zu fordern, die rechtswidrigen Handlungen gegen Bürger, die Verwandte auf dem Territorium der Volksrepubliken haben, zu stoppen.

Die Volksmiliz verfolgt weiter die Veränderungen der Lage und informiert Sie über die wichtigsten Veränderungen.

snanews.de: „**Warten auf positive Signale von Berlin**“ – **Russlands Botschafter zum Vorgang um RT DE**

Nachdem das Außenministerium in Moskau einen Ausweg aus der Situation mit dem deutschsprachigen Kanal des russischen TV-Senders RT angeboten hat, betont auch die russische Botschaft in Berlin den guten Willen Russlands in dieser Frage. Botschafter Sergej Netschajew zufolge wartet Moskau auf ein positives Zeichen der Verantwortlichen in Deutschland.

Mit Blick auf die Situation um RT DE habe Russland immer schon betont, keinen Konflikt mit Berlin anzustreben. „Aber zuzusehen, wie unser Fernsehsender diskriminiert und aus der Medienlandschaft verdrängt wird, ist für uns keine Option“, sagte Netschajew in einem Interview.

„Unser Ansatz ist simpel: Sowohl russische Medien in der Bundesrepublik als auch deutsche Medien in Russland müssen gleiche und diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir sind zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der deutschen Seite in dieser Frage bereit. Wir warten auf positive Signale von Berlin.“

Nach Ansicht des Botschafters ist die Nachfrage nach „hochwertigen alternativen Meinungen“ in Deutschland momentan „so groß wie noch nie“. Eben dies hätten die deutschsprachigen Medien aus Russland im Angebot.

Sendeverbot für RT DE

Im Dezember letzten Jahres hatte der deutschsprachige Ableger des russischen Fernsehsenders RT den Betrieb aufgenommen. Nach einer Untersuchung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) aber wurde dem Sender vergangene Woche durch die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Betrieb verboten. Als Grund führte die deutsche Behörde das angebliche Fehlen einer Lizenz an. Die Erklärung des russischen Außenministeriums, der Sender sei auf Grundlage einer gemäß dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen in Serbien erteilten Lizenz tätig gewesen, ließ die ZAK nicht gelten.

Daraufhin entzog das russische Außenministerium der „Deutschen Welle“, dem Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland, die Sendelizenz für Russland. Das Moskauer Büro des TV-Senders wurde geschlossen. Es handele sich um eine Reaktion auf den Umgang mit dem Sender RT DE in Deutschland, erklärte das russische Ministerium. Sollte die Bundesrepublik ihren Umgang mit RT DE zum Positiven ändern, werde auch Russland eine positive Reaktion folgen lassen. Ein Gespräch über Lösungsvorschläge, die man auch der Bundesaußenministerin Baerbock bei ihrem Besuch in Moskau unterbreitet habe, verweigere Berlin bislang aber.

Am Mittwoch teilte RT mit, gerichtlich gegen den Beschluss der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) vorzugehen. Der Sender hat sich eigenen Angaben zufolge an das Verwaltungsgericht (VG) Berlin mit einem Antrag auf Aufhebung des Sendeverbots gewandt. Der Konflikt um RT DE dürfte auch beim Besuch von Kanzler Olaf Scholz in Moskau eine

Rolle spielen. Scholz reist am 15. Februar zu Russlands Präsident Wladimir Putin.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1c/4834649_0:314:3081:2047_1920x0_80_0_0_c73599f1b5dd1f4e3dd2a5f94e84f3aa.jpg

Telegram-Kanal des Vertreters der LVR in der politischen Untergruppe bei den Minsker Verhandlungen Rodion Miroschnik: Durch die Anstrengungen der Ukraine wurde auch der Normandie-Bereich stillgelegt.

9 Stunden Konsultationen im Normandie-Format auf der Ebene der Berater der Staats- und Regierungschefs endeten ohne Vereinbarung eines Dokuments und ohne gemeinsame Vereinbarungen zu erreichen. Wenn man berücksichtigt, dass Kiew sogar unterzeichnete Verpflichtungen nicht umsetzt, so kann auch mündlichen Vereinbarungen nicht vernünftiges erfolgen.

Die westlichen Berater in Gestalt von Frankreich und Deutschland haben ihren Teil als „Garanten der Minsker Vereinbarungen“ nicht umgesetzt – ihre Aufgabe, zu garantieren, dass Kiew seinen Teil der Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen umsetzt, blieb unerledigt.

Die abschließenden Erklärungen der Vertreter Moskaus und Kiews zeigen direkt den prinzipiellen Unterschied in den Herangehensweisen an die Regelung des Konflikts. Der Berater des russischen Staatsoberhauptes – Dmitrij Kosak – besteht auf einer genauen Umsetzung von Minsk mit etappenweiser Umsetzung aller Verpflichtungen hier und jetzt. Der Vertreter des ukrainischen Staatsoberhauptes – Andrej Jermak – besteht auf dem Erhalt der Lage „alles wie es ist“, d. h. möglichst weit zu verzögern und keinerlei Verpflichtungen festzuhalten, um den Konflikt jederzeit in eine aktive Phase überführen zu können.

Die Wahl, Zeit zu gewinnen, bleibt vor dem Hintergrund der intensiven Aufrüstung des Landes und der Konzentration von NATO-Kontingenten an den westlichen Grenzen der Ukraine unannehmbar. Dies zeigt klar, dass diejenigen, die die Ukraine von außen lenken, eine Wahl in Richtung einer militärischen Lösung treffen und nur Zeit brauchen, um so schnell wie möglich, die militärische Komponente zu verstärken, was im übrigen für das derzeitige ukrainische Regime praktisch tödlich sein wird.

Die Weiterleitung in die Kontaktgruppe, von der Jermak spricht, ist derselbe Kreis. Dort wird, wie auch bei N4, auf dem Unwillen Kiews, die Formel der Minsker Vereinbarungen – „in Erörterung und Vereinbarung“ mit Lugansk und Donezk umzusetzen, operiert. Besonders wichtig ist das, wenn die Frage die politische Regelung betrifft, deren Grundlage der „besondere Status“ ist, dessen Erwähnung Jermak in den letzten neun Verhandlungsstunden abgewehrt hat.

Im Ergebnis hat sich die „starke Position Jermaks“, von der Kuleba zuvor gesprochen hatte, in Verhandlungsunfähigkeit verwandelt, der der Rückzug von zuvor unterzeichneten Verpflichtungen zu Grunde liegt. Von der Perspektivlosigkeit eines solchen Herangehens zeugt auch die Tatsache, dass es nicht einmal gelungen ist, bei den Verhandlungen eine

Vereinbarung über ein nächstes Treffen der Berater zu erreichen.

nachmittags:

de.rt.com: **Ukraine soll in den nächsten Tagen Stinger-Flugabwehrraketen aus Litauen erhalten**

Die litauische Premierministerin, Ingrida Šimonytė, erklärte am Donnerstag während eines Besuchs in Kiew, dass die Ukraine in den nächsten Tagen Stinger-Flugabwehrraketen erhalten soll. Unterdessen will die NATO ihre Präsenz im östlichen Bündnisgebiet weiter ausbauen. Ukraine soll in den nächsten Tagen Stinger-Flugabwehrraketen aus Litauen erhalten Laut der litauischen Premierministerin, Ingrida Šimonytė, soll die Ukraine in den nächsten Tagen Stinger-Flugabwehrraketen aus Litauen erhalten. Dies erklärte die Regierungschefin am Donnerstag während eines Besuchs in Kiew. Die Ukraine hat in den letzten Wochen Unmengen an Militärhilfe von NATO-Verbündeten erhalten.

Šimonytė sagte:

"Wir erhöhen die Zahl der Militärausbilder im Land und versorgen die Ukraine mit zusätzlichen Waffen und Ausrüstung ... Stinger-Flugabwehrraketen aus Litauen werden in den kommenden Tagen die Ukraine erreichen. Ich hoffe und wünsche mir von ganzem Herzen, dass die Ukraine sie nie einsetzen muss."

NATO baut Ostpräsenz aus

Unterdessen will die NATO ihre Präsenz im östlichen Bündnisgebiet ausbauen. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) nahmen die 30 Mitgliedstaaten diese Woche in einem schriftlichen Beschlussverfahren einen entsprechenden Vorschlag der Militärs an.

Dieser zielt insbesondere darauf ab, zur "Abschreckung Russlands" auch in südwestlich der Ukraine gelegenen NATO-Ländern, wie etwa Rumänien, multinationale Kampftruppen zu stationieren. Bislang gibt es die sogenannten Battlegroups nur in den baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland sowie in Polen.

Der Beschluss der Bündnispartner soll am kommenden Mittwoch bei einem Treffen der Verteidigungsminister noch einmal bestätigt werden. Dann wird auch die offizielle Ankündigung veröffentlicht. Die Umsetzung der Planungen könnte noch in diesem Frühjahr erfolgen. Kritiker der NATO-Pläne befürchten, dass die Entsendung zusätzlicher Bündnistruppen in Richtung Osten zu einer weiteren Verschärfung des aktuellen Konflikts mit Russland führen könnte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620639e848fbef146d1210b6.jpg>

snanews.de: **Ausländische Söldner an der Trennlinie im Donbass gesehen – Volksmiliz**

Die Volksmiliz der selbsterklärten Donezker Volksrepublik hat ausländische Söldner auf

einem von Kiew kontrollierten Territorium an der Berührungslinie gesichtet, teilte der Vertreter der Behörde, Eduard Bassurin, mit.

„Unsere Aufklärung bestätigt den Aufenthalt von englischen und polnischen Söldnern in den Bezirken Schirokino und Popasnaja. Ihre Präsenz im Donbass wird auch durch Informationen aus offenen Quellen belegt“, sagte Bassurin.

Die ukrainische Armee hat in letzter Zeit im Donbass die Hälfte des Personalbestandes konzentriert und beschießt regelmäßig Volksmilizen, auch unter Einsatz von verbotenen Waffen – einer türkischen Kampfdrohne vom Typ Bayraktar und von Mehrfachraketenwerfern Smertsch und Uragan. Darüber hinaus stehen der ukrainischen Armee Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin zur Verfügung, die als Militärhilfe aus den USA geliefert wurden.

Moskau hat wiederholt Washington und europäische Länder darauf aufmerksam gemacht, dass die ukrainischen Behörden in jeder Weise versuchen, die Minsker Vereinbarungen und die zusätzlichen Maßnahmen zur Gewährleistung von Waffenruhe, die im Sommer 2020 in Kraft getreten sind, zu sabotieren.

Im Westen wurde wiederholt erklärt, dass Russland eine „Invasion“ in die Ukraine vorbereite. Moskau weist die Anschuldigungen zurück und betrachtet derartige Berichte als Vorwand für die Stationierung von US-Truppen und Nato-Kräften in Osteuropa.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/19/5127453_0:46:3178:1834_1920x0_80_0_0_8894a7a35a8b0922f12380799c385977.jpg

de.rt.com: **Gegen die unipolare Weltordnung: Putins legendäre Münchner Rede jährt sich zum 15. Mal**

In einer inzwischen legendär gewordenen Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 sprach Russlands Staatsoberhaupt Wladimir Putin viele Themen an, die sich in den darauffolgenden Jahren als beinahe prophetisch erwiesen.

Heute jährt sich die legendäre Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 zum 15. Mal. Damals hatte Putin die Ambitionen der USA, eine unipolare Weltordnung zu errichten und zu sichern, scharf kritisiert:

"Es ist die Welt eines einzigen Hausherrn, eines Souveräns. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen zerstört."

Das habe "nichts mit Demokratie gemein".

Das unipolare Modell sei nicht nur ungeeignet, sondern gar nicht möglich, durchzusetzen. Für die Alleinherrschaft einer einzigen Macht gebe es weder die militärischen noch die ökonomischen Möglichkeiten. Zudem erweise sich das Modell selbst als nicht praktikabel, da es selbst keine Basis habe und nicht die sittlich-moralische Basis der modernen Zivilisation sein könne.

Ebenfalls kritisierte Putin damals explizit die Ost-Erweiterung der NATO.

"Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur

Modernisierung der Allianz selber oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil: Das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt."

Moskau habe das Recht, zu fragen: "Gegen wen richtet sich diese Erweiterung?"

Das russische Staatsoberhaupt betonte, dass sich sein Land im Energiebereich auf die Schaffung von einheitlichen Marktprinzipien und transparenter Bedingungen orientiere: "Es ist offensichtlich, dass sich der Preis für Energieträger dem Markt anpassen muss und nicht zum Spielball politischer Spekulationen, ökonomischen Drucks oder von Erpressung sein kann."

Russland sei offen für Zusammenarbeit.

Bezüglich Abrüstungsbestrebungen erklärte Putin, dass Russland die im Rahmen der Abkommen eingegangenen Verpflichtungen "streng einzuhalten" beabsichtige.

"Wir hoffen, dass unsere Partner genauso transparent handeln und nicht für einen schwarzen Tag ein paar Hundert Sprengköpfe zurücklegen."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/thumbnail/6206408148fbef22b442c76f.jpg>

de.rt.com: **Wahrheit über den riesigen Macron-Putin-Tisch: Französischer Präsident wollte keinen PCR-Test machen**

In den sozialen Medien beflügelte das Bild des russischen Präsidenten, der den französischen Präsidenten an einem überdimensionierten Tisch empfangen hat, die Kreativität der Nutzer. Nun wurde der Grund hierfür bekannt: Macron hatte Angst vor dem Diebstahl seiner DNA und verweigerte sich einem PCR-Test.

Sechs Stunden dauerte das Treffen im Kreml zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin an. Macron war nach Moskau gereist, um die Ukraine-Krise mit Putin zu besprechen. Der Westen wirft Russland vor, Truppen an der ukrainischen Grenze aufzuziehen, spricht von "russischer Aggressivität" und sieht auch den Einmarsch russischer Soldaten in die Ukraine als realistisch an. Daher werteten viele den überdimensionierten Tisch als Metapher für die Stimmung zwischen dem Westen und Russland.

In den sozialen Medien inspirierte dies einige Nutzer zu kreativen Ideen, wie die Leere zwischen den beiden Staatschefs gefüllt werden könnte ...

Zwei Quellen aus dem Umfeld des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die von der Nachrichtenagentur Reuters zitiert werden, haben behauptet, dass der Grund für den überdimensionierten Tisch, der während des Treffens des französischen Staatschefs mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Montag zum Einsatz kam, die Weigerung Macrons war, einen russischen COVID-19-Test zu machen:

"Wir wussten sehr wohl, dass das keinen Handschlag und diesen langen Tisch bedeutete. Aber wir konnten nicht akzeptieren, dass sie die DNA des Präsidenten in die Hände bekommen."

Die Weigerung des Franzosen, dem Gesundheits- und Sicherheitsprotokoll Folge zu leisten, machte eine gewisse physische Distanz notwendig. Macron vermeldete dennoch, das Treffen

sei ein Erfolg gewesen. Von Putin habe er eine Garantie erhalten, nach welcher die Situation nicht eskalieren werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62063f41b480cc5a473200f2.jpg>

snews.de: **US-Marine entsendet vier Zerstörer nach Europa – Bericht**

Die US-Marine hat vor dem Hintergrund der Aufstockung der Nato-Truppen in Europa vier Zerstörer in die Region geschickt. Dies hat das Portal „USNI News“ für US-Marinenachrichten am Donnerstag (Ortszeit) berichtet.

Die Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse – „Donald Cook“, „Mitscher“, „The Sullivans“ und „Gonzalez“ – hätten im Januar ihre Basen in den USA verlassen, um als eine Verstärkung für die 6. Flotte zum Einsatz zu kommen, hieß es.

„Während ihres gesamten Einsatzes werden sie an einer Reihe von maritimen Aktivitäten zur Unterstützung der 6. US-Flotte und unserer Nato-Verbündeten teilnehmen“, sagte der Sprecher der US-Navy, Arlo Abrahamson, dem Portal.

Alle vier Schiffe seien auch für die Abwehr der ballistischen Raketen konfiguriert.

Marinebeamte hätten darauf verzichtet, die jüngste Aktion direkt mit der Lage rund um die Ukraine in Verbindung zu bringen, hieß es. Dabei gab das Portal anhand seiner eigenen Datenbank an, dass die Präsenz von Schiffen der 6. US-Flotte in Europa derzeit als die größte seit 2018 geschätzt werde.

Zuvor hatte der Sprecher des Pentagon, John Kirby, die Entscheidung der USA bekannt gegeben, im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine vorübergehend zusätzliche Streitkräfte in Europa zu stationieren. ...



https://cdn1.snews.de/img/07e6/02/0b/5321433_0:127:3072:1855_1920x0_80_0_0_cd53fbda604b17da495502b4aed8b7d.jpg

dan-news.info: Die Variante einer allgemeinen Mobilisierung in der DVR bei einem möglichen Angriff der Ukraine wird derzeit noch nicht in Betracht gezogen. Aber im Falle des Beginns breit angelegter Kampfhandlungen von Seiten der Ukraine ist ein Gegenangriff wahrscheinlich, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf einer Pressekonferenz in Donezk.

„Davon zu sprechen (von der allgemeinen Mobilisierung; Anm. DAN) ist es noch zu früh. Hier zählen wir in erster Linie auf unsere Soldaten und auf die Stäbe der Territorialverteidigung, unsere Notfalldienste. Zweifellos kann man in bestimmten Etappen nichts ausschließen, aber so weit ist es noch nicht gekommen“, sagte Puschilin. „Wir, als vernünftige Menschen, denken auch darüber nach (einen Gegenangriff – Anm. DAN). Natürlich muss man standhalten und weiter auf die Situation reagieren. Der Wunsch unserer Menschen und Soldaten ist offensichtlich“.

Zur Frage der Bildung eines neuen Staates auf dem Gebiet der Ukraine als Folge eines Angriffs Kiews auf den Donbass:

„Wir sind vernünftige Menschen, die eine Generation voraus denken, natürlich möchten wir im Endergebnis die Ukraine im Rahmen eines Unionsstaats mit Russland und Belarus sehen. So muss das sein. Nur wird das dann nicht mehr der Staat Ukraine sein, das wird ein anderes Gebilde sein, das möglicherweise nach einer möglichen Angriffsoperation von Seiten der Ukraine entstehen wird“, antwortete Puschilin auf die Frage nach dem Staatsaufbau der Ukraine nach deren Angriff auf die DVR und LVR.

Er fügte hinzu, dass diese Frage mehrfach erörtert wurde. Es wurden mehrere Varianten betrachtet. Einige davon hängen davon ab, wie schnell es gelingen wird, auf diesem Territorium den ukrainischen Neonazismus zu überwinden.

de.rt.com: Nur wenige US-Amerikaner können die Ukraine überhaupt auf der Weltkarte finden

Während man in Washington, D.C. die Rhetorik weiter aufdreht und fast täglich behauptet, Russland plane eine Invasion in das Nachbarland Ukraine – obwohl dies in Moskau und sogar in Kiew immer wieder dementiert wird –, ist unter US-Amerikanern der Anteil, der die Ukraine auf einer Landkarte finden kann, erschreckend gering.

In den letzten Wochen haben die Vereinigten Staaten damit begonnen, Tausende von Tonnen an Waffen und Munition über den Atlantik in die Ukraine zu liefern. Der US-Präsident Joe Biden hat die zunehmende Konfrontation der Vereinigten Staaten mit Russland zu einer der wichtigsten Prioritäten des Weißen Hauses erklärt.

Eine neue Umfrage von Morning Consult hat jedoch ergeben, dass die US-amerikanischen Wähler in den meisten Fällen gar nicht genau wissen, wohin diese Waffen geliefert werden. In einer am Montag durchgeführten Umfrage wurden 2.005 registrierte US-Wähler gebeten zu erraten, wo sich diese ehemalige Sowjetrepublik ihrer Meinung nach befindet, während die Spannungen jenseits des Atlantiks immer weiter angeheizt werden.

Die US-Amerikaner werden häufig für ihre oft mangelhaften Geographiekenntnisse verspottet – zu Recht. Nur 34 Prozent der Befragten konnten die Ukraine auf einer Karte identifizieren. Einige meinten sogar fälschlicherweise, dieser osteuropäische Staat läge etwa an der Stelle Großbritanniens, Frankreichs oder in Nordafrika. Fast drei von vier Wählern konnten dagegen immerhin Russland identifizieren.

Der Umfrage zufolge waren US-Wähler, die sich wenigstens mit der Lage der Ukraine auskannten, auch eher dafür, Kiew mehr Unterstützung zukommen zu lassen. 50 Prozent derjenigen, die die Ukraine richtig bezeichneten, befürworteten auch Waffenlieferungen an das Land, jedoch nur 37 Prozent derjenigen, die ihre Geographiekenntnisse besser bald auffrischen sollten.

Fast drei von fünf (58 Prozent) US-Amerikanern, die das Land auf einer Karte finden konnten, sagten, dass sie eine weitere Runde harter Sanktionen gegen Russland im Falle einer

Invasion befürworten würden. Nur 41 Prozent der Wähler, die nicht wissen, wo die Ukraine eigentlich liegt, würden das angedrohte, bisher "strengste" Strafmaßnahmenpaket befürworten.

Fast drei Viertel der Wähler, die die Ukraine ausfindig machen konnten, sprachen sich dafür aus, Russland im Falle einer Invasion vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abzukoppeln, und 65 Prozent sprachen sich dafür aus, das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland zu stoppen. Die entsprechenden Zahlen für diejenigen, die das Land nicht auf der Karte identifizieren konnten, lagen wiederum mit 62 Prozent bzw. 51 Prozent etwas niedriger.

Obwohl sie das Land nicht auf einer Karte verorten konnten, befürwortete von den US-Amerikanern dieser Kategorie etwa ein Viertel die Entsendung weiterer Truppen nach Osteuropa, "auch wenn es dabei zu Opfern in den USA kommen kann". Von denjenigen, die die Ukraine richtig einordnen konnten, sagten sogar 34 Prozent, dass sie diese Entscheidung gutheißen würden.

Westliche Politiker, Beamte und Medien schlagen seit Monaten Alarm und warnen davor, dass Moskau seine Truppen im eigenen Land angeblich an der gemeinsamen Grenze zu Ukraine sammelt, um vermutlich eine Invasion vorzubereiten – ein Vorwurf, der von russischer Seite stets bestritten wurde und wird.

Im Januar gab der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bekannt, dass Präsident Biden im Monat zuvor zusätzliche 200 Millionen Dollar an Militärhilfe für die Ukraine genehmigt hatte, darunter Javelin-Panzerabwehrraketen und "große Mengen an Artillerie".

Der Pentagon-Chef hat zuvor fälschlicherweise angedeutet, dass angeblich gar die "Sowjetunion" einen Einmarsch in die Ukraine anordnen könne – obwohl bekanntlich die Flagge der UdSSR mit Hammer und Sichel vor drei Jahrzehnten in Moskau wie in Kiew eingeholt wurde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62063ae5b480cc5b1a68dd0d.jpg>

snanews.de: **„Kopf hoch und besiege alle!“: Kreml drückt der Eiskunstläuferin Walijewa seine Unterstützung aus**

Der Kreml unterstützt uneingeschränkt die russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa, die bei den Olympischen Winterspielen in Peking des Dopingkonsums verdächtigt wurde, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.

„Wir kommentieren diese Situation nicht und wollen das auch nicht tun, wir warten den Abschluss einer diesbezüglichen Untersuchung ab. (...) Wir unterstützen unsere Kamila Walijewa. Und wir rufen alle auf, sie zu unterstützen. Und wir sagen zu Kamila: (...) Du sollst dein Gesicht nicht verbergen, du bist Russin, halte überall den Kopf hoch und, was am wichtigsten ist, tritt auf und besiege alle“, sagte der Kreml-Sprecher.

Die russischen Behörden sind gewiss, dass es zu einem Missverständnis gekommen sei, und

schlagen vor, erstmal die Ergebnisse einer Untersuchung abzuwarten.

„Unsere Sportbeamten haben bestimmte Fragen hinsichtlich der Testzeiten. Eine diesbezügliche Erklärung haben Sie heute schon gehört“, fügte Peskow hinzu.

Die Internationale Testagentur (ITA) hatte am Freitag mitgeteilt, dass die Dopingprobe der russischen Eiskunstläuferin Kamila Walijewa positiv auf Trimetazidin getestet worden sei. Das Ergebnis wurde vom Antidoping-Labor in Stockholm am 8. Februar bekanntgegeben. Walijewa war am 25. Dezember 2021 bei den russischen Eiskunstlauf-Meisterschaften positiv auf das Herzmittel Trimetazidin getestet und von der russischen Antidoping-Agentur (Rusada) zunächst vorläufig suspendiert worden. Der Disziplinarausschuss der Rusada hob am 9. Februar nach Einspruch von Walijewa die Suspendierung wieder auf und machte damit den Weg für einen Olympia-Start frei.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) will nun vor Beginn des Kurzprogramms im Damen-Einzel am 15. Februar eine Klärung vor dem Sportarbitragegericht (CAS) herbeiführen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0b/5322252_0:28:2787:1595_1920x0_80_0_0_71ec346efa4096e2abbde753794062b4.jpg

de.rt.com: **Huthi-Miliz greift Ziel an saudischem Zivilflughafen an**

Der Konflikt zwischen der jemenitischen Huthi-Miliz und Saudi-Arabien droht zu eskalieren, nachdem die Miliz einen Angriff gegen ein Ziel auf dem Gelände eines saudischen zivilen Flughafens durchführte. Anschließend warnte Saudi-Arabien die jemenitische Bevölkerung, von den Huthis genutzte zivile Gebäude in Sanaa zu räumen.

Die jemenitische Huthi-Miliz hat die Verantwortung für einen Drohnenangriff auf den saudischen Flughafen in Abha übernommen, wie die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Yehya Sarea, ein Sprecher des militärischen Flügels der Huthi, teilte in einer vom Huthi-Sender Al-Masirah TV verbreiteten Presseerklärung mit, dass der Angriff auf ein "militärisches Objekt" nahe dem zivilen Flughafen erfolgreich durchgeführt worden sei.

Saudi-Arabien warf den Huthis nach dem Angriff eine "eklatante Eskalation" des Konflikts durch diesen Angriff auf einen zivilen Flughafen vor. In einer vom saudischen Sender Al-Arabiya TV verbreiteten Erklärung setzte die von Riad angeführte Militärkoalition der jemenitischen Bevölkerung eine Frist:

"Wir geben der Zivilbevölkerung in Sanaa 72 Stunden Zeit, um die von der Huthi-Miliz militärisch genutzten zivilen Einrichtungen zu evakuieren."

In der letzten Zeit hatte die Huthi-Miliz eine Reihe von spektakulären Angriffen mit Drohnen und ballistischen Raketen auf Ziele in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten durchgeführt.

Grund für den Konflikt der Huthi-Miliz mit beiden Staaten ist deren Beteiligung an der

Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg.

Die Militärintervention der von Saudi-Arabien angeführten Koalition in den jemenitischen Bürgerkrieg dauert seit dem Jahr 2015 an. Ziel ist es, die international anerkannte Regierung von Abed Rabbo Mansur Hadi gegen die schiitischen Huthi zu unterstützen, die seit vielen Jahren einen Kampf gegen diese Regierung führen. Hadi war 2015 aus dem Land geflohen und lebt seitdem in Saudi-Arabien.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62065203b480cc59a42ac302.jpg>

de.rt.com: Extraterritoriale US-Selbstjustiz im Sport: Dopingagentur droht Russlands Olympia-Personal Arrest an

Die Vereinigten Staaten könnten alle in den angeblichen Dopingfall der olympischen Eiskunstläuferin Walijewa verwickelten Russen strafrechtlich verfolgen, erklärte der Leiter der US-Anti-Doping-Agentur Travis Tygart unter Berufung auf das sogenannte Rodtschenkow-Gesetz.

Ein Anti-Doping-Gesetz, mit dem die US-Behörden sich jüngst angemäht haben, Begleitpersonal ausländischer olympischer Mannschaften auch außerhalb der Vereinigten Staaten strafrechtlich zu verfolgen, sollte bei den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking angewandt werden, falls die Tabellenergebnisse der US-Wettkämpfer von den Auswirkungen angeblicher Doping-Fälle bei Sportlern anderer Länder betroffen seien. Dies gab der Leiter der US-Anti-Doping-Agentur USADA am Freitag in Anwesenheit von Journalisten der Nachrichtenagentur Reuters Television bekannt. Alle, die Wert auf sauberen Sport legten, würden die Anwendung des Rodtschenkow-Gesetzes (RADA) absolut befürworten, so der Behördenvertreter. Anlass war der angebliche Fund einer als Dopingmittel verbotenen Substanz in einer Blutprobe der Eiskunstläuferin Kamila Walijewa, die allerdings bereits im Dezember (also deutlich außerhalb der Olympia-Zeit) entnommen wurde, jedoch erst jüngst bei den zuständigen Dopinglaboren angekommen ist.

Eine erste Anwendung des RADA fand im Januar 2022 statt, betraf aber einen im US-Bundesstaat Texas praktizierenden Arzt, den US-Bürger Eric Lira. Ihm wurde vorgeworfen, in Lateinamerika Wachstumshormone und das die Bildung roter Blutkörperchen anregende Hormon Erythropoetin beschafft und an zwei Athleten weitergereicht zu haben, die bei den Sommerspielen in Tokyo im Jahr 2020 auftreten sollten.

Falls von den zuständigen US-Behörden in diesem Fall wirklich entsprechende Schritte angeordnet würden, wäre dies das erste Mal, dass die USA ihre extraterritoriale Justizpraxis effektiv um den Bereich des internationalen Sports ausweiten. Dies würde die in anderen Bereichen des internationalen Zusammenlebens ohnehin höchst angespannte Beziehung zwischen Russland und den USA noch weiter erodieren.

Bereits nach Verabschiedung des Gesetzes in den USA im Dezember 2020 gab es Kritik von

Kremlsprecher Dmitri Peskow und dem russischen Vizeaußenminister Sergei Werschinin, erinnert die russische Zeitung Wsgljad.

Derweil gab sich Mark Adams, der Pressesprecher des Internationalen Olympischen Komitees, vorbildlich neutral, gelassen und beruhigend, hier zitiert von der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Warten wir den Abschluss des Verfahrens ab. Alle geben ihr Bestes dafür, die Sache so schnell wie möglich zu bearbeiten. Wir schließen keine Möglichkeit aus."

"Das IOK wahrt das Hauptprinzip der politischen Neutralität, und wenn Athleten an Wettkämpfen teilnehmen müssen, werden sie dies auch tun."

Der Rodtschenkow Anti-Doping Act (RADA) ist nach Grigori Rodtschenkow benannt: Er hatte sich im Jahr 2015 mit der Kopie der Moskauer Dopingtest-Datenbank LIMS der russischen Dopingbekämpfungsbehörde RusADA in die USA abgesetzt, anhand derer die WADA Manipulationen an späteren Versionen der Datenbank aus dem Moskauer Labor festgestellt haben wollte: Hieraus erwuchsen dann Vorwürfe gegen russische Sportler, im großen Stil gedopt zu werden. Da jedoch die angeblichen Befunde erst ein halbes Jahr später veröffentlicht wurden, besteht ernster Verdacht, dass in der Zeit zwischen Rodtschenkows Emigration in die USA und der Veröffentlichung sehr wohl Manipulationen vorgenommen wurden, jedoch nicht durch die russische Seite.

Mit dem Rodtschenkow-Gesetz, das im Jahr 2020 in den Vereinigten Staaten in Kraft trat, maßen sich US-Behörden die Befugnis an, Einzelpersonen für Dopingpraktiken bei von der WADA geregelten internationalen Veranstaltungen, an denen US-Athleten, Sponsoren oder übertragende Fernsehsender beteiligt sind, strafrechtlich zu verfolgen. Das Gesetz soll auch dann greifen, wenn die Vorfälle im Ausland stattgefunden haben. Festnahmen auch im Ausland gehören ohnehin seit langem zur Alltagspraxis der USA.

Betroffen ist vor allem das Begleitpersonal innerhalb der Sportmannschaften, Ärzte und Trainer, aber auch weitere Personen, die an der mutmaßlichen Beschaffung und Verabreichung von Dopingpräparaten an betroffene Sportler beteiligt sind. Gedopte Sportler selbst sind ausdrücklich von der Anwendung des RADA ausgeschlossen, um sie nicht von einer Kooperation mit Ermittlungsorganen vor allem der USA, aber auch anderer Länder und internationaler Strukturen im Sportbereich abzuschrecken.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/620653bfb480cc5a47320127.jpg>

de.rtt.com: Lawrow in Kritik wegen "eisigen Empfangs" von Truss – Russische Botschaft beweist das Gegenteil

Nach dem Treffen mit Elizabeth Truss werden Sergei Lawrow schlechte Manieren unterstellt. Ihm wird vorgeworfen, die gemeinsame Pressekonferenz kurzerhand verlassen und seine Amtskollegin allein gelassen zu haben. Dabei benahm sich Lawrow wie ein wahrer

Gentleman.

Das Treffen zwischen dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und seiner britischen Amtskollegin Elizabeth "Liz" Truss am Donnerstag in Moskau sorgt in den Medien zunehmend für Aufsehen. Während zunächst die mangelnden Geografiekenntnisse der britischen Politikerin Schlagzeilen machten, geriet nun auch der russische Spitzendiplomat in die Kritik. So bemängelt der britische Sender ITN Lawrows Manieren, nachdem er sich nach dem Abschluss der gemeinsamen Pressekonferenz angeblich abrupt vom Rednerpult zurückgezogen und Truss vor Journalisten allein gelassen haben soll. Der Britin sei ein "eisiger Empfang" bereitet worden, behauptete ITN in einem Tweet und fügte dem Post einen [Videoschnitt des vermeintlichen "Vorfalls"](#) bei.

In einem separaten Tweet schloss sich auch Emma Burrows, die ITN-Redakteurin und ehemalige CNN-Auslandsproduzentin in Russland, den Vorwürfen an.

Als Reaktion auf die Anschuldigungen schaltete sich die russische Botschaft in London ein, um Klarheit zu schaffen. Die Behörde kritisierte ihrerseits die britischen Reporter dafür, Fake News zu verbreiten, und begründete Lawrows schnelles Weggehen vom Podium lediglich mit dem Wunsch, Frau Truss eine höfliche Geste zu erweisen und die Türen des Konferenzraums für sie zu öffnen.

Zuvor hatte der Besuch der Außenministerin Großbritanniens in Moskau wegen eines peinlichen geografischen Fauxpas der Britin bei ihren Verhandlungen mit Sergei Lawrow für Furore gesorgt. Nachdem Truss den Rückzug des angeblich an der ukrainischen Grenze stationierten russischen Militärs gefordert hatte, fragte Lawrow, ob das Vereinigte Königreich die Souveränität Moskaus über die Regionen Rostow und Woronesch anerkenne, in denen der vermeintliche Aufmarsch stattfindet. Hierzu sagte Truss, Großbritannien werde dies "niemals" tun, woraufhin die britische Botschafterin in Moskau Deborah Bonnert die Spitzendiplomatin darüber aufklären musste, dass beide Regionen tatsächlich Teile des russischen Staatsgebietes und nicht mit den selbstproklamierten Donbass-Republiken Donezk und Lugansk zu verwechseln sind.

Der russische Außenminister zeigte sich von den Gesprächen mit Truss enttäuscht und verglich sie zum Abschluss des gemeinsamen Briefings mit "einem Gespräch zwischen einem Tauben und einem Stummen".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62063d8bb480cc5a473200eb.jpg>

mil-lnr.su: **Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipinenko über die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche**

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in der letzten Woche keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. ...

Unsere Aufklärung hat in der letzten Woche **30 Stück Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in zehn von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften stationiert** sind. ...

In acht Gebieten wurden Fälle festgestellt, dass **Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert** wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betrugen vom 5. bis 10. Februar sechs Mann, davon zwei Tote. ...

de.rt.com: **Ehemaliger Chefdiplomat der Ukraine: Macron will die Ukraine "zurechtbiegen"**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die Ukraine zu Zugeständnissen an Russland zwingen, um die Kämpfe im Donbass zu beenden. Diese bemerkenswerte Position vertritt der ehemalige Außenminister der Ukraine Pawel Klimkin.

Während eines Auftritts beim ukrainischen Fernsehsender NASCH am Mittwoch erläuterte der ehemalige ukrainische Chefdiplomat Pawel Klimkin, der von 2014 bis 2019 das Amt innehatte, seine Sichtweise zum jüngsten Treffen zwischen dem französischen Staatschef Emmanuel Macron und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij. Er erklärte: "Macron würde uns natürlich gerne bei einigen Kompromissen der Minsker Vereinbarungen 'zurechtbiegen'."

"Aber das ist egal, denn die Übereinkünfte werden niemals funktionieren."

Dem ehemaligen Diplomaten zufolge konnten die Vereinbarungen nie richtig funktionieren, weil sie ihre Substanz verloren hätten, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin "mit der massenhaften Verteilung von Pässen in den besetzten Gebieten begonnen hat".

Selenskij behauptete, dass die "Verteilung von Pässen" an die Bevölkerung der erste Schritt in Russlands Plan zur Annexion der Region sei. Moskau soll mehr als 600.000 Pässe an Bürger in Lugansk und Donezk ausgestellt haben, wo Russen laut einer Volkszählung aus dem Jahr 2001 die größte ethnische Minderheit bilden.

Klimkins Äußerungen erfolgten zu einer Zeit, in der sich die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze weiter zuspitzt. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Associated Press Ende Januar warnte der Chef des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Alexei Danilow, dass die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen die Saat für den Zusammenbruch des Landes legen könnte. Er argumentierte:

"Als sie unter dem Druck der Russen unterzeichnet wurden – und die Deutschen und die Franzosen zusahen – war es bereits für alle vernünftigen Menschen klar, dass es unmöglich ist, diese Dokumente umzusetzen."

Die Minsker Vereinbarungen wurden 2014 und 2015 von Kiew, Moskau, Vertretern der beiden abtrünnigen Regionen und der zwischenstaatlichen Organisation OSZE in der Hoffnung unterzeichnet, die Kämpfe im Donbass beenden zu können. Neben einem Waffenstillstand enthalten das Minsker Protokoll und Minsk II auch eine Vereinbarung über eine Verfassungsreform in der Ukraine, die eine Dezentralisierung und zusätzliche Befugnisse für die Regionen Donezk und Lugansk vorsieht. Dieser Plan ist jedoch noch nicht umgesetzt worden.

Nach den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan im Jahr 2014 kam es zu dem offenen Konflikt, nachdem die gewählte Regierung infolge gewaltsamer Straßenproteste gestürzt worden war und die beiden Volksrepubliken ihre Autonomie erklärt hatten, die weder von Russland noch von der Ukraine anerkannt wird.

Kiew behauptet, die Separatisten im Donbass seien Marionetten Russlands. Der Kreml bestreitet dies und besteht darauf, dass er an dem Konflikt keinen Anteil hat. Moskau erklärte stattdessen, dass es Aufgabe der Ukraine sei, eine Einigung mit den Verantwortlichen in den beiden Regionen zu erzielen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62065913b480cc59d14b6581.jpg>

de.rt.com: **Ein Land mit zwei Premierministern: Libyen droht erneutes Abgleiten ins Chaos**

Das Parlament in Ostlibyen stimmte für einen neuen Regierungschef, während der amtierende Premier Dbeiba in Tripolis knapp einem Anschlag entging. Er erkannte seine verkündete Absetzung nicht an. Der Schritt des Abgeordnetenhauses in Tobruk mit der dortigen Ernennung eines neuen Übergangsregierungschefs verstärkt die Besorgnisse um das Wiederaufleben einer Spaltung des Landes zwischen dem Osten und dem Westen wie im Jahre 2014.

Das libysche Abgeordnetenhaus im Osten des Landes hat den Übergangsregierungschef Abdel Hamid Dbeiba durch die Wahl eines anderen Politikers als Ministerpräsident herausgefordert und damit die Spannungen im Land wieder angeheizt. Das in der östlichen Stadt Tobruk ansässige Parlament habe "einmütig" für den ehemaligen Innenminister Fathi Baschagha als dem neuen Ministerpräsidenten gestimmt. Das teilte der Parlamentssprecher Abdallah Blihek am Donnerstag mit.

Das Votum für Baschagha dürfte die Rivalität zwischen dem Parlament im Osten und der Regierung in Tripolis im Westen erneut anheizen. Die Parlamentsabstimmung erfolgte wenige Stunden nach einem gescheiterten Attentat auf Dbeibas Konvoi in Tripolis. Dbeiba war offenbar auf dem Weg zu seinem Haus in Tripolis, als Bewaffnete plötzlich auf seinen Wagen schossen. Er und seine Begleiter blieben bei der Attacke in der Nacht auf Donnerstag unverletzt.

Die derzeitige Übergangsregierung unter Dbeiba ist das Ergebnis eines Dialogforums unter Schirmherrschaft der UNO. Sie löste im letzten Jahr die von den UN anerkannte Regierung mit Sitz in Tripolis ebenso wie die Gegenregierung mit Sitz im Osten des Landes ab. Sie sollte Libyen bis zu landesweiten Wahlen am 24. Dezember 2021 führen. Die bereits terminierte Präsidentschaftswahl wurde aber angesichts der Unstimmigkeiten über Gesetze zur Regelung der Wahlen und der Präsidentschaftskandidatur auf unbestimmte Zeit verschoben.

Mittlerweile erklärte Dbeiba, dass er keine "parallele Autorität" im Land anerkennen und die Macht nur an eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung abtreten werde. "Die Wahl einer neuen Regierung durch das Parlament ist ein weiterer Versuch, gewaltsam in Tripolis einzudringen", sagte er dem libyschen Fernsehsender Al Ahrar und versprach auch, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten, um die politische Krise des Landes zu überwinden.

Im April 2019 begann der faktisch im Osten Libyens herrschende General Chalifa Haftar eine Offensive, um die Hauptstadt Tripolis im Westen zu erobern. In dieser Offensive demonstrierte auch die Türkei ihre Macht militärisch, indem die auf ihre Unterstützung angewiesenen libyschen Milizen die Truppen von General Haftar daran hinderten, Tripolis

einzunehmen.

Der Hohe Staatsrat Libyens gab allerdings in dieser Woche grünes Licht für Abstimmung über einen neuen Premierminister. Der Hohe Staatsrat Libyens entspricht einem Senat. Er hat seinen Sitz in der Hauptstadt Tripolis im Westen des Landes. Die Vereinten Nationen erkennen Berichten zufolge weiterhin Dbeiba als Regierungschef an, wie der UN-Sprecher Stéphane Dujarric nach der Parlamentsabstimmung in Tobruk bekräftigte.

Während der Sitzung über die Ernennung des neuen Premiers stimmten die Abgeordneten auch über eine Reihe von Verfassungsänderungen ab, welche unter anderem auch einen Fahrplan für die Wahlen zur Bildung einer demokratischen Regierung umfassen. Die Änderungen sehen die Schaffung einer neuen Wahlkommission und die Ernennung eines 24-köpfigen Ausschusses vor, der alle drei Regionen des Landes repräsentiert, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Am Donnerstagabend flog Baschagha von Tobruk nach Tripolis und versprach, "ein neues Kapitel aufzuschlagen". Es bleibt bislang unklar, wie Baschagha in Tripolis regieren will, während Dbeiba sich weiterhin als legitimer Regierungschef ansieht. Haftar und sein Militär begrüßten den Schritt des Parlaments am Donnerstag. Dbeiba und Baschagha können jeweils auf die Unterstützung rivalisierender bewaffneter Gruppen zählen. Der Schritt des Parlaments verstärkt nun die Besorgnisse, dass sich mit der Ernennung eines neuen Premierministers eine Spaltung des Landes zwischen dem Osten und dem Westen wie im Jahre 2014 wiederholen könnte, als zwei parallele Regierungen entstanden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6206577db480cc6fb032b5bf.jpg>

snanews.de: „Respektlosigkeit“: Russisches Außenamt zu Antwort des Westens auf Lawrows Botschaft

Maria Sacharowa, die Sprecherin des Außenamtes in Moskau, hat in einer Stellungnahme zu der kollektiven Antwort der EU und der Nato auf die Botschaft des russischen Außenministers Sergej Lawrow zum Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit von „diplomatischer Unhöflichkeit und Respektlosigkeit“ gesprochen.

Am Donnerstag sei ein Schreiben vom Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und vom EU-Chefdiplomaten Josep Borrell eingegangen, welches „sie als Antwort auf die Botschaft des russischen Außenministers Sergej Lawrow vom 28. Januar präsentieren“, in der die Umsetzung der Unteilbarkeit der Sicherheit durch westliche Länder thematisiert worden sei, sagte Sacharowa am Freitag gegenüber Reportern.

„Es gibt keine inhaltliche Reaktion auf die direkt gestellte Frage in den erhaltenen 'Dokumenten'. Stattdessen sind wir eingeladen, einen Dialog zur Stärkung der Sicherheit aufzunehmen“, sagte sie weiter.

Darüber hinaus, fügte Sacharowa hinzu, sei Lawrows Botschaft an die Außenminister von 37 Staaten in Europa und Nordamerika gerichtet worden. Und es sei darin betont worden, dass Moskau eine ausführliche Antwort auf nationaler Ebene erwarten würde.

„Stattdessen schreiben uns J. Stoltenberg und J. Borrell, an die wir uns nicht gewandt haben. Ein solcher Schritt kann nicht anders als eine Manifestation der diplomatischen Unhöflichkeit und der Missachtung unserer Bitte beschrieben werden. Daher können wir keine 'kollektive' Antwort akzeptieren, welche an 'gegenseitiges Heraushelfen' erinnert“, so die Sprecherin. In seiner Botschaft an Kollegen aus den USA, Kanada und anderen Ländern schrieb Lawrow: „Wir wollen eine klare Antwort auf die Frage bekommen, wie unsere Partner ihre Verpflichtung verstehen, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken, basierend auf dem Bekenntnis zum Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit.“ Ohne Klärung dieser Frage sei es unmöglich, den in der Europäischen Sicherheitscharta und der Erklärung von Astana verankerten Interessenausgleich zu gewährleisten, hieß es. Der Inhalt der Antwort der EU-Staaten auf Lawrows Botschaft wurde Angaben zufolge auf Ersuchen aus Brüssel nicht bekannt gegeben.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/17/2597942_0:179:3323:2048_1920x0_80_0_0_6ea9fc4bc2ab8a004de6e555cd106f64.jpg

de.rt.com: "Neues Kapitel in transatlantischen Beziehungen" – US-Truppen wohl bald auch in Dänemark

Dänemark plant Verhandlungen über ein Verteidigungsabkommen mit den USA, das möglicherweise die Stationierung US-amerikanischer Truppen und militärischer Ausrüstung auf dänischem Boden vorsieht. Dies stünde jedoch nicht im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise, hieß es.

Dänemark und die Vereinigten Staaten haben Gespräche über ein neues Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen, das auch US-Truppen auf dänischem Boden umfassen könnte, erklärte Premierministerin Mette Frederiksen am Donnerstag. Die Verhandlungen stünden jedoch nicht im Zusammenhang mit den aktuellen Spannungen um die Ukraine, fügte sie hinzu.

Das Abkommen würde eine Abkehr von der langjährigen Politik des Landes gegen die Aufnahme ausländischer Truppen bedeuten, sagte die Premierministerin vor Journalisten in Kopenhagen. Einen Zeitplan dafür erwähnte sie nicht.

Sie sagte, dass Gespräche über eine Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit zwischen Kopenhagen und Washington, D.C. schon seit Langem in Arbeit wären. Die mögliche neue dänisch-US-amerikanische Verteidigungskooperation sei "ein Durchbruch nach vielen Jahrzehnten der Nichtstationierung [ausländischer Truppen] auf dänischem Boden", so Frederiksen gegenüber dänischen Medien.

Die Gespräche, um die die USA vor etwa einem Jahr gebeten hatten, fanden demnach in dem Zeitraum der letzten Jahre statt, als Washington auch die militärische Zusammenarbeit mit anderen NATO-Verbündeten wie Norwegen und den baltischen Staaten intensiviert hatte.

"Ein verstärktes amerikanisches Engagement hier in Dänemark wird den Zugang der Vereinigten Staaten zum europäischen Kontinent verbessern", sagte Frederiksen, wie sie vom

dänischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk DR zitiert wurde.

Laut dem dänischen Verteidigungsminister Morten Bødskov würden jedoch keine US-amerikanischen Militärstützpunkte in Dänemark eingerichtet. Er lehnte es ab, sich dazu zu äußern, wo sonst die US-Truppen im Land stationiert werden sollen. Das Verteidigungsabkommen könne Medienberichten zufolge jedoch Militärübungen, eine verstärkte Zusammenarbeit auf See und die Lagerung von Militärgütern in diesem Nachbarland Deutschlands umfassen.

Der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price begrüßte die Ankündigung Frederikssens, ebenfalls ohne sich zu Einzelheiten der Truppenstationierung zu äußern.

"Nach Abschluss dieses Abkommens können unsere Länder ihre enge Sicherheitspartnerschaft vertiefen, die Zusammenarbeit bei NATO-Operationen weiter stärken und gemeinsam zu einem kontinuierlichen Wachstum der transatlantischen Sicherheit beitragen", so Price in einer Erklärung. Die USA und Dänemark arbeiteten demnach in einer Vielzahl von Fragen, "die für beide Länder, das NATO-Bündnis und den Rest der Welt von Bedeutung sind, eng zusammen".

"Diese Verhandlungen stellen eine natürliche Weiterentwicklung unserer jahrzehntelangen Sicherheitszusammenarbeit dar. Dabei wollen wir auf dem NATO-Truppenstatut von 1951 aufbauen, um die Interoperabilität zu verbessern und die gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen effektiver zu bewältigen."

Im April letzten Jahres unterzeichnete Dänemark ein überarbeitetes Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich mit den USA, das den USA den Bau von Einrichtungen auf dänischen Flugplätzen und einem Marinestützpunkt erlaubt.

Nach einem Bericht des dänischen Fernsehsenders TV2 strebe die dänische Regierung ein ähnliches Verteidigungsabkommen mit Washington an, wie es das benachbarte Norwegen im Mai 2021 abgeschlossen hatte. Norwegen erlaubt US-Truppen den ungehinderten Zugang und ermöglicht es ihnen, sich frei in diesem Land zu bewegen. Sie sind dabei allerdings an norwegisches Recht gebunden, was unter anderem bedeutet, dass die USA mit ihren Soldaten auf norwegischen Boden keine Atomwaffen, Landminen oder Streubomben bringen dürfen. Die US-Truppen genießen diesen Zugang zu Norwegen seit 2017.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62068bb2b480cc338874cbd9.jpg>

snanews.de: **Bericht: Mehrere Kinder bei US-Einsatz gegen IS-Anführer getötet**

Mindestens fünf Kinder sind bei der Razzia eines US-Kommandos im Haus von Abu Ibrahim al-Hashimi al-Qurayshi, dem Anführer der Terrormiliz Islamischer Staat, getötet worden. Das teilte die Zeitung „The Washington Post“ unter der Berufung auf Augenzeugenaussagen mit. Das sind mehr Kindesopfer als nach Angaben des Pentagons, das abwechselnd von zwei oder drei getöteten Kindern sprach.

Während Einheimische sagten, sie wüssten wenig über die Erwachsenen, die in dem Haus gelebt hatten und sich bedeckt hielten, war eines klar: Das Haus war voller Kinder, die man oft auf der Terrasse oder im Hof spielen sah. Ihre Anwesenheit habe jedoch nicht ausgereicht, um den spätabendlichen Überfall auf das Haus in der nördlichen syrischen Provinz Idlib, ein dreistöckiges Gebäude, zu verhindern, so die Zeitung.

US-Beamte erklärten, sie hätten versucht, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verringern, indem sie eine Razzia durchführten, die für die amerikanischen Soldaten mit erheblichen Risiken verbunden war, anstatt das Haus mit einem Luftangriff zu treffen, und sie hätten versucht, die Kinder aus dem Gebäude zu evakuieren, indem sie ihre Eltern aufforderten, sie hinauszuschicken.

Am Tag nach der Razzia machte die Biden-Administration Qurayshi für die Todesfälle verantwortlich und behauptete, er habe eine große Explosion ausgelöst, die seinen eigenen Tod und den Tod von Kindern verursacht habe, obwohl US-Beamte inzwischen erklärten, sie seien sich nicht sicher, wer die Bombe gezündet habe.

Die US-Streitkräfte hätten Qurayshis Haus seit langem überwacht, einschließlich der "Lebensgewohnheiten aller Bewohner", sagte ein Beamter, der namentlich nicht genannt werden wollte, weil die Operation hochsensibel bleibt.

Die Verwaltung erklärte nicht die Diskrepanz zwischen ihrer Schätzung der toten Kinder und den Angaben der örtlichen Rettungskräfte und von UNICEF. Die Aufgabe, die genaue Zahl zu ermitteln, wurde zum Teil durch den schlechten Zustand der Überreste einiger Kinder erschwert.

Während des Briefings am Donnerstag äußerte ein US-Militärbeamter Zweifel daran, dass die Zahl der zivilen Todesopfer über die bisher vom Pentagon gemeldeten hinausgeht.

„Ich weiß nicht, woher die zusätzlichen Opfer kommen könnten“, sagte er. „Nichts deutet für mich darauf hin, dass so eine große Diskrepanz korrekt ist.“

Er sagte, die Vereinigten Staaten seien "zuversichtlich", dass amerikanische Soldaten keine zivilen Opfer verursacht hätten. Er fügte hinzu, dass es möglich sei, dass es noch weitere Leichen am Ort des Geschehens gegeben habe, da die USA nur eine begrenzte Sicht auf die Folgen der Razzia hätten und da es viel Schutt im dritten Stock gebe.

Den US-Beamten zufolge wurden während der Operation auch drei Frauen und vier Männer getötet, aber die Angaben dazu variieren ebenfalls. Der Hausbesitzer sagte, er habe das Haus an zwei Familien vor elf Monaten vermietet, die im zweiten und dritten Stock lebten. Noch eine Familie mit mindestens vier Kindern lebte im ersten Stock.

Der 45-jährige Al-Qurayshi wurde als zweiter „Kalif“ des Islamischen Staates bezeichnet, nachdem sein erster Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, im Oktober 2019 bei einem US-Überfall getötet worden war.

Am Donnerstag hatte US-Präsident Joe Biden bekanntgegeben, dass die Streitkräfte des Landes in der vergangenen Nacht eine Anti-Terror-Operation im Nordwesten Syriens durchgeführt hätten, bei der IS-Anführer Al-Qurayshi getötet worden sei.



[4c1fc217320bc86ba78080e324.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0b/5324503_0:173:3027:1875_1920x0_80_0_0_2debf33deb6968ba072f35d225c190.jpg)

snnews.de: **Treffen im Normandie-Format: Kiew manipuliert Berlin und Paris – russischer Vize-Präsidialamtschef**

Kiew sabotiert die Erfüllung von „Minsk-2“, die Verhandlungen gestern waren ergebnislos, wie der stellvertretende Leiter des russischen Präsidialamtes, Dmitri Kosak, am Freitag, nach Abschluss der Verhandlungen im Normandie-Format in Berlin erklärte.

„Aber ein negatives Ergebnis ist auch ein Ergebnis: Nun gibt es die vollständige Klarheit darüber, was alle Erklärungen verschiedener Politiker und Partner zum ‚Normandie-Format‘ und ihre Treue zu den Minsker Abkommen wert sind“, fügte Kosak hinzu.

Seinen Worten zufolge sind drei der vier „Format“-Teilnehmer nicht dazu bereit, die Vereinbarungen einzuhalten.

„Bedauerlicherweise manipuliert die Ukraine Deutschland und Frankreich, und Deutschland und Frankreich geben diesen Manipulationen gerne nach. Sie unterstützen alle völlig absurden Ideen und Vorschläge um jeden Preis, indem sie sogar in eine absolut dumme Lage geraten ... Und sie versuchen zu entweichen, um ihren Verpflichtungen nicht nachkommen zu müssen“, sagte Kosak gegenüber Journalisten.

Die neunstündigen Verhandlungen fanden auf Ebene der außenpolitischen Berater der beteiligten Länder statt: Russland, Ukraine sowie Deutschland und Frankreich als Vermittler.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0b/5324503_0:173:3027:1875_1920x0_80_0_0_2debf33deb6968ba072f35d225c190.jpg

de.rt.com: **Russland fordert von Israel Einstellung der Luftangriffe gegen Syrien**

Die russische Regierung äußert "tiefe Besorgnis" über die fortgesetzten israelischen Luftangriffe gegen Syrien und warnt, sie seien eine Verletzung der Souveränität Syriens und könnten daher eine "scharfe Eskalation der Spannungen" auslösen.

Israel solle aufhören, Ziele in Syrien anzugreifen, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag: "Wieder einmal fordern wir die israelische Seite nachdrücklich auf, von einer solchen Gewaltanwendung Abstand zu nehmen", betonte Sacharowa.

Die Sprecherin äußerte "tiefe Besorgnis" über die fortgesetzten israelischen Luftangriffe gegen Syrien und warnte, sie seien eine Verletzung der Souveränität Syriens und könnten daher eine "scharfe Eskalation der Spannungen" auslösen. Außerdem erklärte Sacharowa, dass "solche Aktionen ein ernstes Risiko für internationale Passagierflüge darstellen".

Russland widersetze sich "entschlossen" den Versuchen, Syrien in einen Schauplatz bewaffneter Konfrontationen zwischen Drittländern zu verwandeln", fügte sie hinzu.

Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach der Darstellung der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des angeblichen "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden. Die

israelische Regierung behauptete kürzlich, Israel und Russland hätten sich auf einen "Konfliktlösungsmechanismus" für israelische Angriffe auf mutmaßliche iranische Militäranlage und Waffenkonvois in Syrien geeinigt. Die syrische Regierung in Damaskus hat mehrfach an den UN-Sicherheitsrat appelliert, Druck auf Tel Aviv auszuüben, damit die Souveränität Syriens nicht länger auch durch Israel systematisch verletzt werde. In einer gemeinsamen Erklärung auf der 17. Sitzung des Astana-Prozesses verurteilten Moskau, Teheran und Ankara die andauernden israelischen Angriffe auf Syrien. Am Mittwoch heulten im Norden Israels die Sirenen, nachdem Tel Aviv einen Luftangriff auf einen Vorort von Damaskus geflogen hatte. Die israelische Armee bestätigte, dass eine von Syrien abgefeuerte Flugabwehrrakete die Sirenen ausgelöst habe. Als Reaktion auf diese Flugabwehrrakete griffen die israelischen Streitkräfte dann syrische Flugabwehrbatterien an. Beim jüngsten israelischen Angriff starb ein syrischer Soldat, während fünf weitere verletzt wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62068168b480cc22b358a607.jpg>